



01.07.2025 – 17:33 Uhr

Regierung verabschiedet Bericht und Antrag betreffend Kommunikation der nationalen Klimaziele an die Vereinten Nationen

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung von Dienstag, 1. Juli 2025, den Bericht und Antrag an den Landtag betreffend die Kommunikation der nationalen Klimaziele an das Sekretariat des Rahmenvertrags der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) verabschiedet.

Als Antwort auf die Bedrohung von Menschen und Ökosystemen infolge des fortschreitenden Klimawandels hat die internationale Staatengemeinschaft mit dem Übereinkommen von Paris erstmals ein völkerrechtlich verbindliches Klimaziel beschlossen. Das Übereinkommen legt die Begrenzung des globalen Temperaturanstieges gegenüber der vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 °C fest, um möglichst eine Begrenzung auf 1.5 °C zu erreichen. Um dieses kollektive und langfristige Ziel zu erreichen, haben sich alle Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris verpflichtet, alle fünf Jahre national festgelegte Klimaziele einzureichen.

"Im Alpenraum liegt die Erwärmung bereits bei über 2 °C. Die Folgen sind deutlich spürbar: Die Hitze belastet insbesondere von Krankheiten geschwächte Menschen. Extremwetterereignisse wie Starkniederschläge, Ruhrabhänge und Felsstürze nehmen zu", so Regierungschefin-Stellvertreterin Sabine Monauni. Vor diesem Hintergrund wurde das Emissionsreduktionsziel im Jahr 2023 von 40 auf 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 erhöht. Dieses Klimaziel sowie das Netto-Null-Ziel bis 2050 sind nun dem UNFCCC zu übermitteln. Weiters soll auch das direkt aus diesen Zielen abgeleitete Emissionsreduktionsziel bis 2035 von 68 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 kommuniziert werden.

Pressekontakt:

Ministerium für Äusseres, Umwelt und Kultur
Thomas Bischof, Generalsekretär
T +423 236 60 39
thomas.bischof@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100933136> abgerufen werden.